Nummer 238 — Halle Sonnabend den 10 Oktober 1925 — 60. Jahrgang — Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Bo en beträgt 1.60 Re chsmark, durch Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 42 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.25 Reichsmark. für Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besonderer Ermäßigung. Verlagshaus, Neue Promenade 10 u. Dr. Braunhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Halleſaale". Bankverbindung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Der spanische Generalstabschef Marschall W nier, der wegen seiner Gegnerschaft gegen das Direktorium, aus der er nie ein Hehl machte, durch den spanischen Diktator Primo de Rivera seines Amtes enthoben wurde.

*

Der ehemalige König Ferdinand von Bulgarien ist in Begleitung seines Hofmarschalls in Berlin eingetroffen, um an dem Kongreß der Deutschen Ornithologischen Gesellschaft teilzunehmen. König Ferdinand gehört dieser Gesellschaft seit 51 Jahren als Mitglied an und hat schon seit langer Zeit ihr Protektorat übernommen.

In Berlin fand gestern die Gründungssitzung der deutsch-bulgarischen Handelskammer statt.

*

In Berlin wurde die Herbsttagung der „Vereinigung der Deutschen Bauernvereine" vom Vizepräsidenten Staatsrat Weißhaupt (Baden) mit einer Begrüßung der Vertreter aller 28 deutschen Bauernvereine eröffnet. Der Vorsitzende wies auf die schwierige Lage der deutschen Landwirtschaft hin, die mehr denn je zur Einmütigkeit und zum Zusammenschluß mahne. Der erste Präsident Freiherr v. Kerckerinck wurde einstimmig wiedergewählt und nahm die Wahl an.

*

Auf eine kleine Anfrage deutschnationaler Mitglieder des Preußischen Landtags, die sich darüber beschwerte, daß trotz des Wirtschaftskrieges mit Polen auf dem Umwege über die Tschecho-Slowakei polnisches Getreide unter Weltmarktpreisen in Deutschland eingeführt werde, erwiderte das Preußische Landwirtschaftsministerium, daß es bekannt sei, daß im Sommer größere Mengen Weizen aus Polen nach Schlesien eingeführt worden sind. Diese Einfuhr habe jedoch mit dem Inkrafttreten der Getreidezölle am 1. September ds. Js. wohl aufgehört, da Klagen nach dieser Zeit nicht mehr laut geworden seien.

*

Nach vierzehntägiger Verhandlung wurde gestern in Essen (Ruhr) das Urteil im Kommunisten- und Separatistenprozeß gefällt. Die Angeklagten Engelmeyer und Weltzmathe wurden wegen Meineides zu je einem Jahr drei Monaten Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren verurteilt.

*

In Genf wurde die 12. Internationale Rote-Kreuz-Konferenz eröffnet unter dem Vorsitz des Präsidenten Ador. Es sind 27 Regierungen und 14 nationale Gesellschaften vertreten. Erörtert wurden die Fragen der Zusammenarbeit zwischen Militärsanitätern und Rotem Kreuz, ferner des chemischen Krieges, der Neutralisierung der Sanitätsflugzeuge und der freiwilligen Hilfeleistung bei Katastrophen.

*

Die Ostseewerft in Stettin, die noch vor wenigen Jahren 1250 Mann beschäftigte, hat einen Antrag auf Genehmigung zur Betriebsstillegung eingereicht und der Belegschaft gekündigt. — Die Firma Auto-Stöwer, in der noch vor kurzem in Tag- und Nachtschicht gearbeitet wurde, hat etwa 1000 Mann der Belegschaft gekündigt, und da die Genehmigung zur Entlassung der Gekündigten von der zuständigen Stelle nicht erteilt wurde, die Arbeitszeit verkürzt.

*

Die tschechische Regierung schreibt in einer neuen Verfügung den deutschen Schützenverbänden die Ablegung der Waffen vor, die Uniform muß durch eine zivile Jägertracht ersetzt, und das Kommando soll künftig tschechisch werden. Ferner hatten die Vereine an Staatsfeiertagen und an nationalen Festen auszurücken, und schließlich hatten sie alle drei Jahre einen neuen Kommandanten wählen. Die Schützenvorstände müssen sich innerhalb vier Wochen entscheiden, ob sie sich diesen Aenderungen unterwerfen.

Rußlands neue Balkanpolitik.

In Ergänzung unserer gestrigen Mitteilungen über die plötzlich aufgetauchte panslawische Gefahr dürften die folgenden weiteren Nachrichten von Bedeutung sein:

Aus Moskau wird gemeldet:

In den hiesigen politischen Kreisen wird viel über den neuen Kurs der russischen Balkanpolitik gesprochen. Vor zwei Tagen ist der sowjetrussische Gesandte in Athen, Ustinow, der sich vierzehn Tage in Moskau aufgehalten hat, nach Griechenland abgereist. Sein Aufenthalt in Moskau steht mit der Ausarbeitung einer neuen Linie für die Politik auf dem Balkan im Zusammenhang.

Man nimmt an, daß sich die Sowjetregierung zur Aufgabe gestellt hat, die Kleine Entente zu sprengen.

Zu diesem Zwecke müßten Griechenland und Jugoslawien für Sowjetrußland gewonnen und gegen Rumänien und Bulgarien ausgenutzt werden. Auch Polen soll bereits bei dem Besuch Tschitscherins in Warschau für diese russische Politik gewonnen worden sein.

Tschitscherin habe sich auch in Warschau überzeugen können, daß zwischen Polen und Rumänien keine geheimen Verträge oder Vereinbarungen bestehen. Wie verlautet, wird Ustinow in nächster Zeit aus Athen nach Belgrad reisen, um die Vorbesprechungen, die Tschitscherin in Berlin mit dem Berliner jugoslawischen Gesandten führte, fortzusetzen. Auch der griechische Gesandte in Moskau, Mawrudis, nimmt regen Anteil an dieser politischen Aktion.

Nach einer Pariser Meldung aus Angora sind die russischen Torpedoboote, die kürzlich italienischen Häfen Besuch abgestattet haben, in Konstantinopel angekommen.

In Konstantinopel wurde der zweite Jahrestag des Einzugs der Angoratruppen als allgemeiner Feiertag mit Paraden und Umzügen gefeiert. Studentengruppen demonstrierten vor der englischen Botschaft und riefen: „Wir wollen Mosul wieder haben, es war immer unser. Nieder mit England!"

*

Neue Unruhen in Griechenland.

Zur weiteren Ergänzung mögen die folgenden Nachrichten dienen:

Nach Meldungen aus Bulgarien ist in Griechenland ein Aufstand ausgebrochen, der die Wiedereinführung der Monarchie bezwecke und an dem Venizelos beteiligt sein soll.

Die Regierung habe eine Proklamation erlassen, in der sie die Souveränität des Volkes anerkenne und erkläre, wenn das Volk für die Monarchie stimmen wolle, werde die Regierung Pangalos bereit sein, den König ins Land zurückzurufen. Auch wurde die allgemeine Mobilisierung angeordnet.

Die Londoner „Morningpost" meldet aus Athen: Der Belagerungszustand wird in Griechenland mit äußerster Schärfe gehandhabt. In Larissa ist ein Aufstand der Garnison mit Waffengewalt niedergeschlagen worden. In Armee und Marine zeigt sich starkes Eindringen des Kommunismus.

Rußland in den Völkerbund!

Wir machten im Freundeskreise wieder einmal „große Politik". Diesmal war ein Deutsch-Südamerikaner darunter, der mit rücksichtslosem Draufgängertum erklärte:

Völkerbund! Großartige Einrichtung? Eure Linksleute sagen: „Deutschland muß hinein!" Ich sage: „Und Rußland muß hinein!" Dann erst ist das Ding komplett und brauchbar. Nämlich als das Gegengewicht, das die alte Welt gegen die Yankees braucht, um nicht die Balance zu verlieren."

„Der jetzige Völkerbund ist grober Unfug. Die Franzosen nennen ihn „Gesellschaft der Nationen". Ist Rußland vielleicht keine Nation? Heute ist der Völkerbund „die gute Gesellschaft" der Nationen, ein Bund der Nationen der „guten Gesellschaft". Daß sich eure Sozialisten, also „Proletarier", da hineindrängen! Zum Totlachen! Sie sollen die „gute Gesellschaft" der Nationen sprengen, sie proletarisieren, die Herrschaft an sich reißen, die „Diktatur des Proletariats", der Proletariernationen anstelle der „guten Gesellschaft" setzen.

Lakaien und Dienstboten gibt's im jetzigen Völkerbund wie in jeder „guten Gesellschaft". Das sind die Polen, Tschechen, Jugoslawen usw. Sie stehen an den Türen, nehmen Mäntel und Hüte in Empfang, servieren und dürfen hinterher die Reste des Festmahls der Großen und den übriggebliebenen Champus verdrücken.

Sieht den deutschen Sozialisten ähnlich, daß sie sich zum Kellnerfrack und Restefuttern in den Völkerbund drängen! Und das nennt sich „revolutionär"!

Die Kerle sind mitten in der Revolution stecken geblieben; sie wollen sich in der Gesellschaft der Nationen mit der Rolle der „Gleichberechtigung" begnügen, die sie innerhalb Deutschlands schon vor dem Kriege hatten. Wozu haben sie eigentlich Revolution gemacht, wenn sie das alte Regime nur in Deutschland stürzen, nur eine Hausrevolution machen, damit sie den Hauschlüssel kriegen, der draußen auf der Straße, draußen in der Welt und im Verkehren Klub der „Gesellschaft der Nationen" nur Bedienstete auf Trinkgeld und Speisereste sind?

Entweder — oder. Entweder, ihr Deutschen bleibt draußen und pfeift auf die „gute Gesellschaft" des Völkerbundes oder ihr geht hinein als wirklich Gleichberechtigte, ihr revolutioniert die feine Innung.

Dazu braucht ihr Rückhalt, braucht „Genossen". Die Russen nämlich.

Daß die Kerls, die Russen, in ihrem Privathaushalt Rußland heute eine mehr als polnische, eben eine sowjetrussische Wirtschaft haben, was geht euch das an? Kein vernünftiger Deutscher denkt daran, das auch bei sich einzuführen. Ihr habt diese Misere auch gar nicht nötig. Privatsachen sind Privatsachen. Die „gute Gesellschaft" des Völkerbundes hat zu Hause Monarchien und Republiken, alles durcheinander. Kein Mensch fragt danach.

Aber ihr braucht die Russen zur Revolutionierung des Völkerbundes. Dazu sind sie großartig. Die Kerle reden von Internationalismus und Antimilitarismus und sind nationaler und militaristischer als unter dem Zaren. Iwan der Schreckliche und Peter der Große hätten ihren Spaß an den Jungens, wie stramm sie nationale Disziplin halten und ganz Asien russifizieren. Und englandfeindlich sind sie wie nur je.

Was will denn die „gute Gesellschaft" des Völkerbundes, die so gnädig ist, für euch jetzt bei ihr eine Dienstbotenstelle zu schaffen? Den Nordamerikanern, den Yankees, ist die Sache viel zu dumm, sie denken gar nicht daran, sich zum Eintritt in diese feudale Raubrittergesellschaft zu melden. Ist ihnen nicht feudal genug. Und die Russen: die will man nicht haben.

Warum eigentlich nicht? Ja warum eigentlich nicht? Der Völkerbund ist doch die „Gesellschaft der Nationen"? Und die Russen sind doch auch eine Nation. Warum will man sie also nicht?

Einfach, sehr einfach: weil der Völkerbund „gute Gesellschaft" ist (nebst Dienstboten) und weil die „gute Gesellschaft" die „schlechte Gesellschaft", d. h. die Besiegten ausnutzen, niederknüppeln will, statt ihnen „Gleichberechtigung" einzuräumen.

Wozu wäre man sonst „Sieger"?

Die Deutschen hat man jetzt so weit. Mit dem Dawesplan hat man sie zu Leibeigenen, zu Lohnsklaven gemacht. Sie gehören jetzt der „guten Gesellschaft" (aber sie gehören nicht zur guten Gesellschaft). Warum soll man sie da nicht in Dienst stellen, damit sie nicht nur Zehnten zahlen, sondern auch Kriegsdienst für die Feudalherren leisten? Genau wie die Leibeigenen des Mittelalters.

Aber mit den Russen ist man noch nicht soweit. Diese Kerls sind die einzigen von der ganzen alten Welt — einschließlich Inder und Chinesen — die keine Zehnten zahlen. Weder an die „gute Gesellschaft" der Feudalen, noch an den Allerobersten, an Amerika. Keinen roten Heller zahlen sie, mit dem die Feudalherren des Völkerbundes ihren Tribut an den obersten Herrscher, an den Kaiser, Amerika, bestreiten könnten.

Das muß anders werden! Auch die Russen müssen zahlen, auch sie müssen einen Dawesplan bekommen und außer den Zehnten dann Kriegs-

Der Kampf um den Frieden.

Die offiziellen Nachrichten.

Die gestrige [illegible] Sitzung der Konferenz war der Erörterung derjenigen Fragen gewidmet, die sich aus der Beteiligung der eventuellen Signatare des Sicherheitspaktes am Völkerbund ergeben

Im Anschluß dieser Erörterung fand eine Generaldiskussion statt, in welcher die Vertreter Deutschlands, Frankreichs, Belgiens, Großbritanniens und Italiens nacheinander die Auffassung ihrer Regierungen darlegten. Die Konferenz wurde auf Sonnabend, den 10. Oktober, vertagt, an welchem Tage zwei Sitzungen stattfinden sollen, um 10½ Uhr vormittags und um 4½ Uhr nachmittags.

Für den heutigen Tag sind nur juristische Besprechungen und voraussichtlich auch eine Fortsetzung der persönlichen Fühlungnahmen der Delegierten zu erwarten.

— Wie man sieht, sind die offiziellen Nachrichten völlig nichtssagend. Höchstens kann man aus der Dauer der Konferenz und aus der Freitagspause auf erhebliche Schwierigkeiten schließen.

Private Besprechungen und Nachrichten.

Je dürftiger die offiziellen Mitteilungen, desto reichlicher die privaten Pressemeldungen. Es wird weiterhin unheimlich viel zusammengedichtet. Wichtig ist folgende Nachricht:

Der französische Ministerpräsident erklärte den Pressevertretern, daß die Meldung des „Berliner Tageblattes", wonach Briand in seinen Besprechungen mit Reichskanzler Dr. Luther gewisse Verpflichtungen eingegangen sei, jeder Begründung entbehre.

Auch Reichskanzler Dr. Luther dementiert diese Meldung auf das entschiedenste.

Im übrigen finden weiter private Einzelbesprechungen der Staatsmänner statt, so außer der obigen Zusammenkunft Luthers mit Briand eine [illegible] mit dem englischen Kriegsminister Chamberlain und [illegible] mit dem belgischen Außenminister Vandervelde. Ueber den Inhalt der Erörterungen fehlen zuverlässige Nachrichten vollständig, auf Wiedergabe der Phantasien glauben wir verzichten zu sollen. Die eine obige Nachricht genügt, um zu zeigen, daß weder Frankreich noch Deutschland bisher nachgeben. Auch die Meldungen der deutschen Linkspresse über bevorstehende Rheinlandräumung sind freie Erfindung.

Wesentlich ist, daß der englische Premierminister in einer Rede nochmals ausdrücklich betont hat, daß England nur eine Garantie für die Westgrenze übernehmen werde.

Auffallend ist der hartnäckige Optimismus aller Zeitungsberichterstatter. Um nur ein Beispiel zu nennen: Der Sonderberichterstatter des Londoner „Daily Telegraph" schreibt:

Da der Artikel 16 der Völkerbundssatzung von der Konferenz in Locarno nicht abgeändert werden könnte, werde vorgeschlagen, daß eine Auslegung gefunden werde, die für Deutschland annehmbar sein würde. Danach würde Deutschland nach seinem Eintritt in den Völkerbund beantragen, den Artikel 16 neu auszulegen, und die anderen in Locarno versammelten Mächte würden es übernehmen, die abgeänderte Auslegung zu unterstützen, die dahingehen würde, daß Artikel 16 sich nicht auf Deutschland beziehe, solange dieses entwaffnet ist und die anderen Mächte an seinen Grenzen bewaffnet sind.

Der Berichterstatter fügt hinzu, was auch die „Westminster Gazette" bestätigt, daß man den Eindruck habe, Frankreich wolle unter allen Umständen eine gütliche Einigung erzielen.

— Wir ziehen vor, die wirklichen Ergebnisse abzuwarten und bis dahin sehr mißtrauisch zu sein. „Gebranntes Kind scheut's Feuer".

England und der Kommunismus.

In einer Rede in Brighton erklärte der englische Premierminister Baldwin: Der Kommunismus sei ein Kind der Unwissenheit und des Elends, aber die Kommunisten würden in England mit ihren Forderungen ebenso Schiffbruch leiden wie in Amerika und Deutschland.

Das englische Kabinett beschloß eine Abänderung des jetzigen Aufruhrgesetzes. Danach soll eine Propaganda, in der für ein gewaltsames Auftreten gegen die Verfassung geworben wird, nicht als politische Handlung, sondern als Aufruhr zu betrachten sein. — Damit wäre der Kommunismus in England als Partei verboten und zu dem gestempelt, was er in Wirklichkeit ist. Man spricht wirklich nicht zu Unrecht von dem „praktischen Engländer".

*

Wie Reuter erfährt, explodierte in der Bucht von Biskaja eine Höllenmaschine im Bunker des englischen Dampfers „Roman Star". Ein Mann der Besatzung wurde getötet, zwei verwundet. Das Attentat steht im Zusammenhang mit dem englischen Seemannsstreik, von dem das Schiff in Südafrika betroffen worden war.

Verpachtung des Tabakmonopols.

Die Warschauer Regierung ist mit amerikanischen Tabakfirmen wegen der Verpachtung des polnischen Tabakmonopols in Verbindung getreten. In Warschau befinden sich seit einigen Tagen Vertreter der amerikanischen Firmen Standard Tabac Corporation und der Compagnie Générale des Tabacs, die mit Grabski über die Bedingungen der Verpachtung des polnischen Tabakmonopols gestern verhandelt haben. Wie verlautet, verlangt Ministerpräsident Grabski von den amerikanischen Firmen einen Vorschuß in Höhe von 100 Millionen Dollar.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19251010012/fragment/page=0001

dienste leisten (wenn der Hochadel einmal Revolution gegen den Kaiser Amerika macht, wie der Hochadel es im Mittelalter mehrfach in Europa tat). Nur diese Kerls, die Russen, zahlen nicht, denken gar nicht daran.

Also muß man sie zwingen. Man versteht ja das „Bauernlegen" in der „guten Gesellschaft" der Nationen. Man schlägt tot und sengt und brennt, bis der Rest nachgibt. Das kostet den Feudalherren sehr wenig, denn die eigentliche Arbeit, das Kriegführen, Totschlagen und Totschlagenlassen, das besorgen ja die Leibeigenen, besonders der Michel, der Deutsche, und die Tschechen (eine tschechische Legion mußte schon einmal unter Admiral Koltschak in Sibirien gegen die Sowjetrussen kämpfen) und die Polen (die ja auch schon einmal gegen die Sowjetleute Krieg führen mußten).

Deshalb sollen die Deutschen in den Völkerbund und die Russen nicht.

Aber wenn ich Deutscher wäre, dann würde ich sagen: „Entweder Gesellschaft der Nationen, aller Nationen, oder „geschlossene Gesellschaft", in der wir nichts zu suchen haben. Entweder wir und die Russen werden aufgenommen und es wird wirklich Frieden gehalten. Oder auch wir Deutschen bleiben draußen.

Sind nämlich die Russen und die Deutschen drin (und die Bulgaren und Türken sollen dann auch gleich mit dazu), dann sitzen im Völkerbund die Siegern die Besiegten, mit ihren 210—220 Mill. Menschen gegenüber, und dann mögen die 47 Mill. Engländer, 39 Mill. Franzmänner und 38,5 Mill. Italiener, die insgesamt 124,5 Mill. Feudale mit ihren Hörigen einmal sehen, wie sie die Opposition der „Proletarier" kleinkriegen!

Ihr Deutschen habt die Wahl, entweder draußen zu bleiben mit den Russen, oder einzutreten, zusammen mit den Russen. Aber ohne die Russen hineingehen, wie eure Linke will, ist Lakaiengesinnung und Lakaienpolitik.

*

Diesen Gedanken merkt man an, daß sie da unten in der Freiheit der Pampa zwischen Gauchos und Windvieh gewachsen sind. Sie sind reichlich „Neue Welt" und respektlos. Aber ob sie so ganz unrecht sind? Außenpolitik ist immer respektlos. Da gibt es keine ehrwürdigen Traditionen und keinen Erbadel. Außenpolitik ist immer proletarisch, immer „Neue Welt"?, von der erst recht das Wort gilt: „Dem Mutigen gehört die Welt!"

Dr. Else.

Aus Polen wird gemeldet: Die Stellung der Regierung Grabski hat sich insofern verschlechtert, als sich die Sozialdemokraten weigern, der Regierung die Vollmachten zur Durchführung des Finanzprogramms zu erteilen. Die Sitzung des Sozialdemokratischen Sejmklubs war sehr stürmisch, da ein Teil der Abgeordneten wegen der außenpolitischen Lage die Regierung stützen wollte.

*

In Wien kam es zu Zusammenstößen demonstrierender Kommunisten mit der Polizei. Zwei Sicherheitsbeamte und ein Demonstrant wurden verletzt; 17 Personen wurden verhaftet.

*

In der Riesenhalle der Turngemeinde in Philadelphia (Vereinigte Staaten) fand eine Deutsche Feier zur Erinnerung an die vor

[illegible] erste deutsche Einwanderung in Amerika statt. Professor Walter Schücking hielt die Festrede.

*

Der Londoner „Daily Telegraph" meldet aus Madrid: Die Lage in Marokko scheint noch nicht so befriedigend zu sein, wie die ersten Berichte nach der Einnahme Mezirs erwarten ließen: Das spanische Direktorium hat zwei weitere Jahresklassen zum 15. Oktober einberufen und den Belagerungszustand über Madrid und die Hafenstädte bis 30. November verlängert.

*

Nach einer französischen Meldung aus Syrien hat zwischen Asleah und Nesas ein Kampf mit drusischen Streitkräften stattgefunden, wobei diese unter beträchtlichen Verlusten in die Flucht geschlagen worden seien. Die vom Sultan Atrasch zusammengerufenen Drusenführer hätten die Fortsetzung des Kampfes beschlossen.

Warum die Beamtengehälter nicht erhöht werden können

Der Beamtenausschuß des Preußischen Landtags beschäftigte sich am Donnerstag bis in die späten Abendstunden mit einem kommunistischen Antrag auf Gewährung einer Wirtschaftsbeihilfe von 300 M. und einer Erhöhung des Zuschlages für die Beamtengruppen I bis VII von 12½ auf 30 Prozent. — In längeren Darlegungen betonte

Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff (Dem.),

daß die Ausschüttung der einmaligen Beihilfe dem Staate Preußen 88 Millionen kosten und die dauernde Erhöhung 40 Millionen Mehraufwand erfordern würden. Sämtliche Finanzminister, die in der vergangenen Woche unter Vorsitz des Reichskanzlers zusammengekommen waren, seien sich einig darüber, daß zurzeit keine Besoldungserhöhung stattfinden könne. Auch das Preußische Gesamtministerium sei einmütig dieser Ansicht beigetreten.

Die preußische Staatsregierung sei mit der Reichsregierung der Auffassung, daß

zurzeit kein Weg vorhanden

sei, um den Forderungen der Beamten nachzukommen. Den Vorwürfen, daß eine Thesaurierungspolitik getrieben werde, müsse man mit den Tatsachen der verminderten Steuereinnahme entgegentreten. So würde z. B. der Voranschlag der Vermögenssteuer, der 500 Millionen annahm, nicht erreicht. Während im April noch 20 Millionen eingekommen sind, waren es im August nur noch 5 Millionen. Bei der Einkommensteuer tritt vom 1. Oktober ab eine Aenderung ein. Die Lohnsteuer geht ständig zurück; während sie im Mai noch 136 Millionen erbrachte, ergab sie im August nur noch 115 Millionen. Die Besoldungserhöhung würde nach Ansicht der Reichsregierung ungünstige wirtschaftliche Auswirkungen auf die gesamte Lohnpolitik haben und unweigerlich infolge einer vorübergehenden Steigerung der Kaufkraft

zu einer Preissteigerung führen,

wodurch die den Beamten zugedachte Wohltat aufgehoben werde. Aus diesen Gründen sei die Staatsregierung nicht in der Lage, einer Erhöhung der Beamtengehälter zuzustimmen.

Berichterstatter Abg. Simon (Soz.) trat für den kommunistischen Antrag ein. Die Preissenkungsaktion sei erfolglos geblieben; die niedrigen Kornpreise könne man nur als vorübergehend betrachten. — Abg. Ebersbach (Dnat.) verkennt die schwierige Lage der Beamtenschaft durchaus nicht, bezeichnet es aber als unmöglich, während der Durchführung der Preissenkungsaktion eine Besoldungserhöhung vorzunehmen. Den Beamten müsse auf dem Wege des Kredits die Beschaffung von Wintervorräten ermöglicht werden. — Abg. Bartelt (Dem.) gab der Hoffnung Ausdruck, daß man versuchen würde, der traurigen Lage der Beamtenschaft trotz der schwierigen finanziellen Situation des Staates Rechnung zu tragen. Der kommunistische Antrag geht zwar zu weit, doch verdiene der Vorschlag des Abg. Ebersbach Beachtung.

Abg. Pilcke (Dnv.) wünscht, daß der Preisabbau energisch durchgeführt werde, um auf diese Weise die Lebenshaltung der notleidenden Beamten zu erleichtern. Sollte die Preissenkungsaktion ohne Erfolg bleiben, müsse [illegible] Erhöhung der Beamtenbezüge allerdings näher getreten werden. — Abg. Baumhoff (Ztr.) erklärte sich trotz Anerkennung der Notlage der Beamten gegen den kommunistischen Antrag. Er betonte, die Preissenkungspolitik der Reichsregierung werde Erfolg haben. — Abg. Schwend-Oberhausen (Wog.) trat für zinslose Darlehen für die Beamten ein. Er wünscht Einbeziehung auch der höheren Beamtengruppen in die Notstandsaktion und regt die Wiedereinführung der Vierteljahrsgehaltszahlung an.

Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff

bezeichnet es als unmöglich, im Landtag neue Steuergesetze durchzubringen, durch die die Wirtschaft noch mehr belastet würde. Sowohl die Reichsregierung, wie sämtliche Finanzminister der Länder und auch die preußische Staatsregierung hätten sich

einmütig gegen eine Wiedereinführung der Vierteljahresgehaltszahlung

ausgesprochen. Die Wiedereinführung dieser Gehaltsregelung würde für Preußen, das monatlich einen Besoldungsaufwand von 100 Millionen hat, in der Uebergangszeit, am 1. Oktober und 1. November, zusammen einen Mehraufwand von 100 Millionen ausmachen, die aus den Krediten, die der Wirtschaft gegeben worden sind, genommen werden müßten. Noch stärker würde die Auswirkung im Reiche sein. Außerdem würde die Vierteljahreszahlung durch eine gewisse Massierung der Kaufkraft zu einer Steigerung der Preise führen. Die Gemeinde-Spitzenverbände hätten eine Vierteljahresgehaltszahlung für die Kommunalbeamten für unmöglich erklärt.

Die finanzielle Lage Preußens würde 1926 noch bedrohlicher wegen der Herabminderung der Ueberweisung aus der Reichseinkommensteuer von 90 auf 75 Prozent. Der Landtag werde der Beamtenschaft nur dann auf lange Sicht helfen können,

wenn die Zahl der Beamten vermindert würde.

Hierauf wurde der kommunistische Antrag gegen die Antragsteller und gegen die Sozialdemokraten abgelehnt.

Annahme fand der deutschnationale Antrag Ebersbach, sofort in Beratungen darüber einzutreten, ob es möglich sei, der Beamtenschaft die Beschaffung des Winterbedarfes durch Hergabe von Krediten zu ermöglichen. Auch der Antrag Meyer-Herford (Dvp.), Beamten und Lehrern zinsfreie Vorschüsse zur Anschaffung von Wintervorräten und Winterkleidern mit der Verpflichtung ganz allmählicher Zurückzahlung zu gewähren, wurde ebenso angenommen, wie der Zentrumsantrag, der die staatlichen Kassen und Geldinstitute anweisen will, die den Beamten schon gegebenen Darlehen von sofort ab zinslos zu stunden und die Rückzahlungsraten nicht über 10 v. H. des auszuzahlenden Monatseinkommens hinausgehen zu lassen.

Dann trat der Ausschuß noch in die Weiterberatung des demokratischen Gesetzantrages Bartelt auf

Schaffung eines neuen preußischen Dienststrafengesetzes

ein. Namens des Staatsministeriums erklärte Staatssekretär Meister, daß das bestehende Disziplinarrecht für verbesserungsbedürftig gehalten werde. Es sei [illegible] ob folgedessen Vorbereitungen für ein neues Dien[illegible], strafengesetz getroffen, halte aber für erforderlich, daß eine solche Vorlage von den allein sachverständigen Stellen des Ministeriums an den Landtag geleitet wird.

Landarbeiter und Sozialpolitik.

Die Reichskonferenz der Geschäftsführer d[illegible] Reichslandarbeiterbundes in Angermünde hat i[illegible] eingehend mit den vom Reichsarbeitsministeri[illegible] veröffentlichten Entwürfen zum Arbeitsgeri[illegible]gesetz und zum Gesetz über die Arbeitslosenv[illegible]sicherung beschäftigt und hierzu folgende

Entschließungen

angenommen.

Die im Gesetzentwurf vorgesehene Kündbarke[illegible] der Richter bei den Arbeitsgerichten und der Ein[illegible]fluß der vielfach politisch voreingenommene[illegible] Sozialbehörden bei ihrer Bestellung ist unverein[illegible]bar mit dem Grundsatz der Unabhängigkeit der Rechtspflege.

Es ist ferner untragbar, daß die Beisitzer auf Vorschlag von Organisationen berufen werden, da hierdurch ebenfalls politische Einflüsse sich geltend machen können, die zu einer dauernden Beeinflussung werden, wenn Organisationsvertreter als Beisitzer zugelassen werden.

Schließlich ist die Summe von 300 M. als Berufungsgrenze zu hoch und der vorgesehene Rechtsanwaltszwang im Berufungsverfahren unerträglich.

Der Reichslandarbeiterbund fordert daher für die Arbeitsgerichte Bestellung unabsetzbarer, nur der Justizbehörde unterstellter Richter, freie Wahl von Beisitzern, die berufstätig im Erwerbsleben stehen, Herabsetzung der Berufungsgrenze auf 50 M. und Fortfall des Zwanges zur Stellung eines Rechtsanwalts im Berufungsverfahren.

Die geplante Arbeitslosenversicherung erscheint geeignet, der Wirtschaft neue unerträgliche Lasten aufzubürden, da bei Fortfall der Nachprüfung der Bedürftigkeit auch moralisch unberechtigte Ansprüche rechtmäßig geltend gemacht werden können. Es ist eine Ungerechtigkeit, daß allein die Arbeitgeber und Arbeitnehmer ohne Rücksicht auf ihre Verdienstmöglichkeiten die gesamten Lasten, sogar auch noch zwei Drittel der Kosten der Arbeitsnachweise tragen sollen, während gut verdienende Wirtschaftszweige, wie Banken und Börsen und Angehörige freier Berufe mit hohen Einkommen frei ausgehen. Die Befreiung der Landwirtschaft von Beiträgen wird nur als vorläufiges Zugeständnis angesehen, um die Landwirtschaft zur Zustimmung zu bewegen.

Der Reichslandarbeiterbund fordert daher, daß die Arbeitslosenversicherung in der geplanten Form überhaupt nicht auf die Landwirtschaft ausgedehnt wird, sondern daß für die Landwirtschaft eine besondere Erwerbslosenfürsorge geschaffen wird, die den besonderen Verhältnissen des Landvolkes Rechnung trägt.

Spionage.

Der Strafsenat des Oberlandesgerichts Königsberg hat in einem polnischen Spionageprozeß fünf Angeklagte, darunter einen früheren russischen Offizier, sowie einen polnischen Staatsangehörigen, der im Auftrage einer polnischen Nachrichtenstelle in Bialystok handelte, zu Zuchthausstrafen von 7 bis 3 Jahren und zu 10 bis 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Das deutsche Theater in Eger ist auf behördliche Verfügung geschlossen worden. Wie es heißt, soll durch diese Gewaltmaßregel die Gestattung tschechischer Vorstellungen, die von der Stadtgemeinde abgelehnt worden sind, erzwungen werden.

*

Der französische Innenminister mit dem gutdeutschen Namen Schramed ist, als er gestern das Pariser Ministerium des Inneren verließ, von einer Autodroschke überfahren worden. Er wurde schwer verletzt.

*

Das in Genf genehmigte Budget des Völkerbundes weist in Einnahme und Ausgabe 22,4 Millionen Goldfranken auf. Die Ausgaben des Sekretariats und der eigentlichen Organisation des Völkerbundes betragen 12,1 Millionen Franken. Versammlung und Rat erfordern eine Million jährlich. Der Generalsekretär Sir Eric Drummond bezieht jährlich 100 000 Goldfranken, ein Abteilungsdirektor 50 000 Goldfranken.

Die Barmatkrankheit.

Julius Barmat, der Todeskranke, der vor dem Untersuchungsausschuß persönlich nicht erscheinen konnte und deshalb in seiner Wohnung vernommen werden mußte, hat am 8. Oktober, vormittag 11 Uhr, persönlich beim Amtsgericht Berlin-Mitte die fünfte, von ihm seit seiner Haftentlassung gegründete Erwerbsgesellschaft angemeldet. Diesesmal ist es

eine deutsch-argentinische Exportgesellschaft.

Nachher gegen ½5 Uhr sah man Julius Barmat vergnüglich mit seinen sozialdemokratischen Freunden Heilmann und Richter beim fröhlichen Becherklang im Ratskeller sitzen.

Und für diesen Mann zahlt der preußische Steuerzahler an 120 000 Mark nur für die Kosten des Untersuchungsausschusses (einschließlich 48 000 Mark Druckkosten). Staatsbank und Reichspost aber können von ihren 22 Millionen-Krediten nicht eine einzige Million zurückerhalten.

— Nicht Barmat ist krank, sondern der heutige Staat!

Bacchus mit dem Maßkrug.

Von A. von Oertzen.

München, Oktober 1925.

Oktobersonne über der heitersten, der schönsten Stadt deutscher Sprache, über Isarathen!! Auf der Theresienwiese tobt das „Oktoberfest", wo die bajuwarische Lustigkeit ihren Höhepunkt erreicht. Mögen andere Städte Vergnügungsparks, Ausstellungen, Jahrmärkte haben, wo das Volk sich amüsiert, das Oktoberfest ist und bleibt unvergleichlich, weil es der Ausdruck dieses Landes ist; Bier, dunkles, schweres, ist sein Kennzeichen!

Eine Fröhlichkeit (milde ausgedrückt!), wie sie sich auf der Theresienwiese abspielt, steht einzigartig da. Von 10 Uhr morgens bis 10 Uhr abends sitzt so ein richtiger „Oktoberfestler" draußen und trinkt sein Löwenbräu oder Schottenhammel oder Franziskaner. Dazu verspeist er Dinge, die Leute anderer Himmelsstriche ein sanftes Gruseln einflößen: brandig salzigen Rettich, Heringe am Spieß gebraten, Bretzeln, auf denen das Salz fingerdick liegt — damit schafft er sich den genügenden Durst! Zu den „feineren" Genüssen gehören gebratene Hähnel, Schweinswürste und Ochsenbraten, und alles dieses wird vor den Augen des sachverständigen Genießers von flinken Händen geholt, gebraten, gedreht und zerlegt, von freundlichen Madeln in bayrischer Tracht in Körben dargeboten.

Eine richtige „Fresserei", das ist der Höhepunkt der Genüsse dieses Volksfestes, und das urwüchsige dabei ist, daß der Mensch zu seinen „Urgelvohnheiten" zurückkehren darf! Hähnel und Bratheringe werden, wenn auch triefend von Fett, ohne die, dem Kulturmenschen sonst geläufigen, Gabeln und Messer zerlegt, und jeder mag zusehen, wie er sich mit seiner Speisung abfindet.

Ueber den riesigen Bierhallen steht wie eine graue Schicht der Zigarrendunst, fähnchen und [illegible] Lauwinen schwelen aufgeregtlich in der dampfenden Luft, und über die Köpfe der trinkenden, essenden, johlenden Menge braust eine robuste Musik — in der bayrischen „Kluft", natürlich ohne Röcke, sitzen die Musici da und blasen, was das Zeug hält. Bei bestimmten Weisen erhebt sich der ganze Saal und Arm in Arm mit tolerantesten, gewichtigen Mienen schaukelt man munter im Kreise. Da bleibt nicht Ahne, nicht Großmutter, nicht Mutter noch Kind daheim — Säuglinge schweben auf den Armen ihrer angeheiterten Väter durch die dränangende Festgesellschaft; man tollte meinen, so ein halbes Wickelkind würde weinen vor Angst, aber nein, es lacht und trinkt Bier!

Gegen Abend liegt die Feststimmung ins orgiastische. Musik, Ausrufer, Karussels und Achterbahn vollführen einen wahren Höllenlärm; in die nebliche Herbstnacht steigen unter lautem Geknatter Feuerschlangen, und schimmernde Flammenräder stürzen prasselnd zusammen. In chaotischem Gewühl stürmen Neugierige die Buden der „Attraktionen", Scheinwerfer vom Ausstellungspark jagen ihr zuckendes Licht über die tobende Wiese.

Visionen Rubens'scher Gemälde tauchen auf...

„Deutsche" Modedramatiker.

Es ist schwer, zu glauben, daß man in Deutschlands Hauptstadt ist, wenn man die Berliner Theaterzettel liest. Der Engländer Shaw und der Italiener Pirandello sind die „deutschen" Dramatiker der Zeit. Wenn sie noch überragende Gestalten wären! Leider aber sind sie nur sehr eingeschränkt zu loben, wenn sie auch ihre Bedeutung haben. Shaw ist eigentlich im Grunde nur ein Diskutierer landläufiger Meinungen, aber seine Diskussion ist scharf und lebendig; höchste Geistigkeit sind seine theatervirksamen Stücke. Tiefes verbindet ihn mit dem Italiener. Auch die er ist ein sehr bühnensicherer, aber gelegentlich hohler Theatraliker. Was ihm ermöglicht, die Unerlegenheit adzutun, ist seine Tiefe, die Gestaltung aus dem Unbewußten, wo Shaw nur als Spitzner des Gehirns gelten kann.

Das Deutsche Theater führte Pirandellos: „Mensch — Tier — Tugend" auf. Diese Komödie hat Grade, sie gehört zu den besten Stücken des Dichters. Wie so viele vor ihr lebt sie vom Witz über Erotisches, hier in denkbar offenster Form, sehr frech, sehr amüsant, gewissermaßen Ehebruch auf Tugend frisiert: Ein gräuliches Ehemann wird gründlich hineingelegt. Max Gülstorff gab in unendlich komischer Aufregung den Ehebrecher in tausend Aengsten. Die Aufführung unter Raul Hentzels Leitung hatte leider nicht genügend Tempo.

Erotisch kommt Shaw uns ebenfalls. Das Stück heißt: „Die große Katharina" und wurde unter Jürgen Fehlings vornehmer Regie im Staatstheater gegeben. Es erzählt ein Abenteuer der etwas heißblütigen russischen Kaiserin. Annes Straub gab ihr Ueberlebensheit und sinnliche Fülle. Ein interessanter Abend! Um nichts bedeutsamer desselben Dichters: „Zurück zu Methusalem", das man in der „Tribüne" sah. Es bedeutet in glänzender Laune das Problem der willkürlichen Lebensverlängerung und macht so ein biologisches Problem zu einer philosophischen Angelegenheit, deren Untiefen der Rationalist Shaw nicht einmal ahnt. Recht amüsant stellt er dabei Lloyd-George und Asquith in Thesis und Antithese auf die Bretter. Ernst Stahl-Nachbaur und Kurt Götz gaben ihnen köstliche Konturen.

Dr. Ueberhorst.

Randleisten.

Von Josef Weiß.

Wenn der Spiegel den Menschen ihr Inneres statt der Außenseite zeigte, würden sie ihn bald als überflüssiges oder gar lästiges Möbel aus dem Hause werfen.

*

Was ist Mammon? Ein Schimpfwort für das Geld, das andere besitzen.

*

Es würde weit weniger unglückliche Ehen geben, wenn bei den Eheschließungen außer dem Standesamt noch ein Verständesamt mitzuwirken hätte.

Ein arabischer Dichter vergleicht die Vorderbeine seiner Kamelin mit den Armen seiner Geliebten. Wir finden den Vergleich unpaßend, lächerlich und verletzend. Die Kamelin würde das, wenn sie reden könnte, sicher ebenfalls tun — natürlich von ihrem Standpunkt aus.

Die sokratische Methode.

Es war ein heißer Sommertag 1917. Der stark beleibte Vizewachtmeister plagt sich im Schweiße seines Angesichtes, den 19jährigen mecklenburgischen Bauernjungens „Instruktionen am Geschütz" zu erteilen. Ein biederer Bauernsohn stellt sich ganz besonders dumm an, aber um so mehr Eifer zeigte der Wachtmeister, ihm das Verschlußstück der Kanone zu erklären. Nach langem Hin und Her stellt der Vize die Frage: „Nun sag' mal, wie heißt denn das Stück, hier hinten an der Kanone?"

Offener Mund, aber keine Antwort. Noch einmal die Frage in freundlichem Ton: „Paß auf, wie heißt das Stück (stark wird dies Wort betont), womit man die Kanone verschließt (wieder stark betont)?"

Offener Mund, wehmütiger Blick des Rekruten, aber keine Antwort. Der Wachtmeister windet sich schwitzend, weil seine ganze Pädagogik in Stücke zu brechen droht. Da macht er einen letzten Versuch: „Sieh mal, mein Junge, du bist vom Lande und magst gern 'ne Stulle essen. Wenn du auf eine Stulle Butter aufschmierst, wie heißt dann solche Stulle?"

Ein Lächeln geht über des Jungen Gesicht: „Butterstulle, Herr Wachtmeister."

Der Vize atmet auf: „Na also, wie heißt nun das Stück, womit man die Kanone verschließt?"

Und prompt kam nun die Antwort: „Butterstulle, Herr Wachtmeister."

Der Wachtmeister war gelöscht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19251010012/fragment/page=0002